

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIII/145

Bonn, den 5. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Unsere Aufgabe</u> Beharrlichkeit in der Darstellung unseres Willens Ein Wort zum Klischee von Bratislava	42
2 - 3	<u>"Wenn einer eine Reise tut..."</u> ...dann kann er nicht immer etwas Vernünftiges erzählen Von Günter Markscheffel	78
4	<u>Zeitungstauziehen in der CDU</u> "Das Wort" will trotz "Publik" weitererscheinen	41
5 - 6	<u>Risse im Gaullismus?</u> Parlamentsentscheidungen hinter den Kulissen Von Georg Scheuer, Paris	71

* * *

Unsere Aufgabe

Beharrlichkeit in der Darstellung unseres Willens

Ein Wort zum Klischee von Bratislava

sp - Sicher wird es noch eine geraume Zeit dauern, bis man auch in den kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas die Klischeevorstellung zu den Akten legt, die Bundesrepublik Deutschland sei "revanchistisch, militaristisch und imperialistisch." Es liegt nun einmal im Wesen der Kommunisten, daß sie sich einen Suhmann aufbauen und ihn ständig hin- und herwenden, um sagen zu können: "Seht einmal, der will uns was tun, vor dem müssen wir uns fürchten!" - Selbstverständlich sind Kommunisten nur Engel, sie tun niemandem etwas, mischen sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker ein und wollen natürlich nur das Beste.

Diese Art von "Politik" ist schon so alt, wie das Menschengeschlecht. Wenn man daran denkt, sie sich die alten Griechen vor Troja beschimpften, um die notwendige Wut und den erforderlichen Mut für den nächsten Angriff zu haben, dann weiß man, was von solchen Sprüchen zu halten ist.

Gefährlich sind diese Sprüche trotzdem. Sie hindern die Menschen am nüchternen Denken, lassen ihn vergessen, welches seine eigentlichen Sorgen sind und tragen dazu bei, die Atmosphäre zu vergiften. N i e m a n d e m ist damit gedient; am wenigsten den Völkern, die auf diese Weise angesprochen werden.

Man gibt es im Vergleich zu der Zeit von vor 2.000 Jahren doch einen Unterschied. Damals konnten die Regierenden ihre Völker lange in Unwissenheit halten. Heute dagegen kann selbst die strengste Zensur über Presse und Funk ein Volk nicht mehr daran hindern, eines Tages doch zu erfahren, wie ein anderes Volk denkt. Außerdem wissen die Regierenden, daß bei einer möglichen Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele das Schicksal des eigenen Volkes auch besiegelt wird.

Dieses Wissen um die Kraft und die Wirkung einer richtigen und emotionsfreien Information über das Geschehen bei uns ist unsere und die Chance jener, die "drüben" auch den Frieden wollen. Daraus ergibt sich für uns hier die Forderung, daß wir ständig bemüht bleiben müssen, keinen Anlaß zum Mißtrauen gegenüber unserem Tun und Lassen zu geben. Wachsamkeit gegenüber politischen Fehlentscheidungen und Beharrlichkeit in der Fortsetzung einer Politik, die den Frieden sichern will, ist und bleibt unsere Aufgabe. Jedes falsche Wort, jedes Pochen auf eine vermeintliche Stärke auf unserer Seite erschwert auf der anderen Seite den in Gang gekommenen Prozeß des Umdenkens und den des Abbaus eines längst noch nicht überwundenen Mißtrauens gegenüber "den Deutschen". Auf die Dauer wird sich eine solche Politik durchsetzen; zu unserem Wohle und zum Wohle unserer Nachbarn.

+ + +

"Wenn einer eine Reise tut..."

...dann kann er nicht immer etwas Vernünftiges erzählen

Von Günter Markscheffel

Die CDU-Abgeordneten Toussaint, Stecker und Huys und die FDP-Abgeordneten Zogelmann, Ertl und Kubitzka waren in Griechenland. Gemeinsam mit ihren Frauen hatten sie auf Kosten der griechischen Militärjunta das Land der Hellenen besucht. Organisiert wurde die Reise von der Londoner public relations-Firma Fraser, die von der Militärjunta für die runde Summe von zwei Millionen DM den Auftrag erhalten hat, der griechischen Diktatur besonders in demokratischen Staaten zu Ansehen zu verhelfen.

Es mag Neugierde gewesen sein, die jene deutschen Abgeordneten dazu veranlaßt hat, die Einladung der Militärjunta anzunehmen. Was **p o l i t i s c h** jedoch dabei herausgekommen ist - ob die Damen und Herren sich beim Baden erholt haben, wissen wir nicht - erinnert an Zeiten, in denen das NS-Regime Ausländer zu einem Besuch nach Deutschland einlud, um ihnen zu zeigen, daß in Deutschland Ordnung herrscht, daß die Deutschen arbeitsam sind und daß alle Deutschen den Führer lieben.

Die Herren hatten u.a. Gelegenheit, sich bei den Vertretern des Regimes davon zu "überzeugen", daß ohne den Militärputsch Griechenland in ein furchtbares Chaos gestürzt worden wäre. Sogar ein Kommuniqué haben die deutschen Abgeordneten der Presse übergeben. Darin wird der Generalsekretär der griechischen Gewerkschaften, Herr Makris, als Zeuge dafür aufgerufen, daß die Militärjunta ein politisches und gesellschaftliches Chaos in Griechenland verhindert habe. Daß Herr Makris vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften schon zu einer Zeit als Vertreter der griechischen Arbeiterschaft abgelehnt wurde, als es noch keine Militärjunta in Athen gab, scheint den deutschen Abgeordneten nicht bekannt zu sein. Unbekannt ist ihnen offenbar auch, daß derselbe Herr Makris einer der ersten Politiker Griechenlands war, der die Zerstörer der griechischen Demokratie telegraphisch zum Gelingen ihres Militärputsches beglückwünschte.

Man hat sich auch freundschaftlich mit einigen früheren rechtskonservativen Ministern unterhalten. Es sind dies alles Männer, die deshalb den Sturz der legalen demokratischen gewählten Regierung Papandreou seinerzeit begrüßt hatten, weil sie genau wußten, daß bei den nächsten freien Wahlen die Zentrumsunion des vom König verabschiedeten Ministerpräsidenten Papandreou die absolute Mehrheit erhalten würde.

Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, ob einer der deutschen

Abgeordneten Gelegenheit hatte, mit Zentrumspolitikern Kontakt aufzunehmen oder ein Konzentrationslager zu besuchen. Bekannt geworden ist dagegen, daß die deutschen Abgeordneten die Vertreter der deutschen Presse ersucht haben, sie sollten doch helfen, das wahre Bild des heutigen Griechenlands durch "konstruktive Berichterstattung" zu erhellen.

Die englische Werbefirma Fraser hat auch zahlreiche deutsche Journalisten zu kostenlosen Besuchen nach Griechenland eingeladen. Wer die Einladung annimmt, kann seine Frau mitnehmen; natürlich auch auf Kosten des griechischen Steuerzahlers. Zum Glück sind bisher nur wenige deutsche Journalisten auf diesen public-relations-Rummel hereingefallen.

Warum aber deutsche Bundestagsabgeordnete darauf reinfielen, ist unerfindlich. Über das Griechenland von heute gibt es fundierte Studien, besonders beim Europa-Rat aber auch beim Deutschen Bundestag. Man weiß hier, was man von der griechischen Militärdiktatur zu halten hat. Den Verfassungsentwurf der Militärjunta hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt analysiert und als einen nicht gangbaren Weg zur Wiederherstellung der Demokratie bezeichnet.

Jeder auch nur einigermaßen informierte Politiker in Westeuropa weiß heute, daß in Griechenland nicht die Gefahr eines kommunistischen Putsches bestand, als der König den legal gewählten Ministerpräsidenten Papandreu absetzte und dadurch der Militärjunta den Weg zur Machtübernahme vorbereitete. Man weiß, daß in Griechenland heute noch etwa 6.000 Menschen ohne Gerichtsurteil in Konzentrationslagern und Gefängnissen festgehalten werden. Folterungen von politischen Gefangenen werden nicht geleugnet. Und was den Kronzeugen der deutschen Bundestagsabgeordneten, Herrn Makris, anbetrifft, so ist hinreichend bekannt, daß dieser Herr schon seit Jahren eine Rolle spielt, die jenseits dessen liegt, was man bei uns die Rolle eines Führers freier Gewerkschaften zu nennen pflegt.

Es ist zu befürchten, daß die Reise der deutschen Bundestagsabgeordneten und ihrer Damen nach Griechenland zum Gespött aller derjenigen wird, die sich ernsthaft darum bemühen, dem griechischen Volk wieder den Weg zur Demokratie zu ebnen. Der public relations-Firma Fraser, die diese Reise organisiert hat, und der griechischen Militärjunta mag das gleichgültig sein; sie haben die erwünschten Schlagzeilen mit dem Lob der Militärjunta in der griechischen Presse erhalten. Dem Ansehen des deutschen Parlaments hat die Reise nicht gedient.

Zeitungstauziehen in der CDU

"Das Wort" will trotz "Publik" weitererscheinen

W.L. - Entgegen den Vorstellungen der Deutschen Bischofskonferenz die eine Konzentration der katholischen Wochenpresse auf die im Herbst erscheinende katholische Wochenzeitung "Publik" wünscht, wird analog zum "Rheinischen Merkur" und zum konservativen "Echo der Zeit", um dessen Weiterführung sich zur Zeit einige Redakteure des Blattes bemühen, möglicherweise auch "Das Wort", die in Hildesheim erscheinende "Katholische Wochenzeitung für Nordwestdeutschland" weitergeführt. Der Herausgeber des Blattes, Prälat Prof. Dr. W o t h e, bemüht sich jedenfalls zur Zeit in diesem Sinne. Er soll dabei die Sympathie des Hildesheimer Bischofs Heinrich Maria J a n s s e n genießen.

"Das Wort" wird von einer GmbH verlegt, der "finanziell potente" Katholiken im Raum Hannover-Hildesheim angehören, die "jedoch keine Kapitalisten" sind. Nicht bekannt ist, ob der Bischöfliche Stuhl in Hildesheim bereits jetzt an dem Blatt finanziell engagiert ist. In unterrichteten Kreisen spricht man jedenfalls davon, daß das Blatt regelmäßiger Zuschüsse bedarf. Auch soll es angesichts der Vorgänge im katholischen Pressewesen schwieriger geworden sein, von "finanziell potenten Katholiken" Zuschüsse zu erlangen. Der Bischöfliche Stuhl mag sich daher an einer Beteiligung zu gegebener Zeit nicht uninteressiert zeigen.

Politisch vorfiicht das Blatt einen Kurs, der ungefähr der Linie des linken Flügels der CDU entspricht. Gegenüber den konservativen Kräften in der niedersächsischen CDU nimmt die Hildesheimer Wochenzeitung daher eine außerordentlich kritische Haltung ein. Versuche führender CDU-Politiker aus dem evangelischen Lager, die niedersächsische CDU auf einen betont national-konservativen Kurs zu drängen, hat das Blatt ungewöhnlich scharf zurückgewiesen. So hatte der Rehwinkel-Neffe und niedersächsische Landwirtschaftsminister Wilfried H a s s e l m a n n, der als einer der aussichtsreichsten Anwärter auf die Spitzenkandidatur der niedersächsischen CDU für die Landtagswahlen 1971 gilt, erklärt, die CDU müsse so national eingestellt sein, daß auch die Wähler der NPD in ihr eine politische Heimat finden könnten. In der niedersächsischen CDU ist der Einfluß des linken Flügels außerordentlich gering. In der Spitze sind vor allem Leute zu finden, die aus der ehemaligen Deutschen Partei (Kultusminister und Spitzenkandidat bei den letzten Landtagswahlen L a n g e - k e i n e) oder aus freien Wählervereinigungen (Justizminister B o s s e l m a n n, Fraktionsvorsitzender B r a n d e s) zur CDU stießen.

Risse im Gaullismus?

Parlamentsentscheidungen hinter den Kulissen

Von Georg Scheuer, Paris

Frankreichs Parlament ist bis September vertagt. In 14 Julitagen bewältigte die neugewählte Nationalversammlung in außerordentlicher Tagung ein umfangreiches Programm: Couve de Murvilles Regierungserklärung, Haushalts- und Steuermaßnahmen, Amnestierung der rechtsradikalen OAS-Offiziere, Sozialversicherungsreform und schließlich eine aufsehenerregende Debatte über Frankreichs Universitätskrise.

Linksgaullistischer Unterrichtsminister

Bei dieser Gelegenheit kam der neue Unterrichtsminister Edgar Faure den revolutionären Studenten und Professoren so weit entgegen, daß er Widerhall links fand, jedoch ein Großteil der gaullistischen Abgeordneten dem von General de Gaulle ernannten Minister den Beifall versagte und sogar ausdrücklich protestierte. Edgar Faure verzichtete nämlich auf jede Klage oder Anklage gegen die "roten Rädelsführer" und unterstrich die Notwendigkeit revolutionärer Reformen. Er übernahm dabei erstaunlicherweise einen beträchtlichen Teil der Studentenforderungen, die sich nicht nur auf die Universität, sondern auf die ganze französische Gesellschaftsordnung beziehen.

Kein Wunder, daß Abgeordnete der Linksparteien, sowohl der FGDS (Linksföderation), als auch der KPF während dieser merkwürdigen Debatte feststellen konnten, daß sich der neue Unterrichtsminister ihren Auffassungen "genähert" habe, während die meisten gaullistischen Deputierten, im Gegensatz zu ihrem Minister, "energisches Durchgreifen" gegen die Studentenrevolution forderten.

Rechtsgaullistische Abgeordnete

Unter den neugewählten Abgeordneten der UDR befinden sich zahlreiche "Rechtsgaullisten", frühere Indochina- und Algerienkämpfer, die im Strom der antikommunistischen Wahlkampagne 1968 wieder an die Oberfläche geschwemmt wurden. Ihr Sprecher ist Robert P o u j a d e, Generalsekretär der UDR. Er erntete lebhaften Applaus, als er Edgar

Faure anherrschte: "Herr Minister, seien Sie wachsam!" Linksgaullist David Rousset wurde von seinen eigenen Fraktionskollegen unterbrochen und niedergebrüllt, als er in der gleichen Debatte Faure unterstützte und Diskussionen mit den revolutionären Studenten, sowie Aufhebung der im Juni verkündeten Polizeimaßnahmen verlangte.

Opposition im Regierungsblock

Die außerordentliche Jubiläumstagung des französischen Parlaments enthüllte somit tiefe Risse im gaullistisch-konservativen Block. Bezeichnend für die neue Lage im französischen Parlament ist, daß es eine Debatte zwischen Regierungsmehrheit und Opposition nicht mehr gibt. Sobald Schwierigkeiten auftauchen, wird die öffentliche Debatte unterbrochen und die gaullistische Fraktion tritt in geheimer Sitzung zusammen, um mit der Regierung Kompromisse auszuhandeln. Die parlamentarischen Entscheidungen fallen nicht mehr in öffentlichen Sitzungen der Nationalversammlung, sondern vorher oder nachher in den Kulisser. Vorschläge der Linksoption werden grundsätzlich ignoriert. Auch die konservative Rechtsopposition hält sich seit der Ausbootung ihres Vorsitzenden Giscard d'Estaing im Hintergrund.

Die gaullistische Regierung debattiert und verhandelt nicht mit der Opposition, sondern mit den Bestandteilen ihrer eigenen Parlamentsfraktion. Die Opposition ist sozusagen ins Regierungslager übersiedelt. Der gaullistisch-konservative Block zerfällt in einzelne Brocken.

Zerfallserscheinungen

Das zahlenmäßige Übergewicht der gaullistischen Fraktion ist also, wie man schon in diesem Juli-Vorspiel sah, keineswegs gleichbedeutend mit Geschlossenheit. Der Fraktionsvorsitzende Rey hat größte Mühe, seine Kollegen zusammenzuhalten. Die unerwartete Entlassung Pompidou und die Ausbootung des konservativen Koalitionspartners Giscard d'Estaing als Vorsitzender der Finanzkommission führten in den gaullistischen Reihen zu Verwirrung, Unruhe und Unbehagen. Austrittsdrohungen werden wieder laut.

Es wäre nicht zum ersten Mal, daß die aufgeblähte gaullistische Mehrheit unter dem Sturm der Ereignisse zerbricht. So war es schon Anfang der 60er Jahre, als sich die rechtsgaullistischen Abgeordneten gegen die Freigabe Algeriens stemmten, so war es Anfang 1968, als nach dem Rücktritt oder Abfall gaullistischer Abgeordneter die Regierungsmehrheit verloren ging. Schon vor den mit Bangen erwarteten Herbsttagen 1968 zeigt das gaullistische Lager wieder bedenkliche Zerfallserscheinungen.